

Herrn Ministerpräsidenten
Kurt Beck
Staatskanzlei des Landes
Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Düsseldorf/Frankfurt/Mainz, 27.03.2006
VDS/VDR-cs

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir gratulieren Ihnen sehr herzlich zum Ergebnis der gestrigen Landtagswahlen, wobei wir überzeugt davon sind, dass dies in allererster Linie auf Ihre Persönlichkeit und die von Ihnen seit Jahren verantwortete Politik in Rheinland-Pfalz zurückzuführen ist.

Für die bevorstehende Bildung einer neuen Landesregierung und die dafür notwendige Koalitionsvereinbarung wünschen wir Ihnen eine glückliche Hand.

Gleichzeitig bitten wir darum, bei der Gestaltung der rheinland-pfälzischen Landespolitik in den nächsten Jahren Ihr Augenmerk verstärkt auf die Bewältigung des demographischen Wandels zu richten.

Die „Arbeitsgemeinschaft der rheinland-pfälzischen Wohnungsunternehmen“, deren Mitglieder in den beiden miteinander eng kooperierenden Verbänden der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen und südwest organisiert sind, hat dazu ein Memorandum „Demographischer Wandel zwingt zur Integration von Politikfeldern“ verabschiedet, das in Anlage beigefügt ist.

Wir bitten Sie herzlich, dieses Memorandum bei den jetzt anstehenden Entscheidungen zu berücksichtigen. Selbstverständlich sind wir gerne bereit, dieses in einem Gespräch näher zu erläutern.

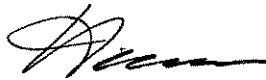
Für eine Terminvereinbarung durch Ihr Büro steht der Linksunterzeichner gern zur Verfügung.

Mit nochmaligem Glückwunsch zum Wahlergebnis verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen



Staatssekretär a. D.
Burghard Schneider
Vorstand/Verbandsdirektor
VdW Rheinland Westfalen



Christof Henn
Vorsitzender
Arbeitsgemeinschaft
der rheinland-pfälzischen
Wohnungsunternehmen



Dr. Rudolf Ridinger
Vorstand/Verbandsdirektor
VdW südwest

Memorandum

Demographischer Wandel zwingt zur Integration von Politikfeldern

Die Entwicklung der Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz erfolgt in den nächsten Jahrzehnten vor völlig veränderten Rahmenbedingungen. Der demographische und sozioökonomische Wandel konfrontiert unsere Städte und Regionen mit dramatischen Herausforderungen.

Deshalb muss die rheinland-pfälzische Politik noch konsequenter als in der Vergangenheit als integriertes Aktions- und Gestaltungsfeld von gesellschaftspolitischen Zielsetzungen verstanden werden. Dazu ist eine deutlichere und intensivere Ausrichtung des politischen Instrumentariums auf die inzwischen erkennbaren gesamtgesellschaftlichen Veränderungen und ihre Integration mit der Stadtentwicklungspolitik notwendig. Dabei ist dem Gesichtspunkt einer sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit Vorrang einzuräumen.

Alle diesem Ziel dienenden Förderprogramme und –tabestände wie z.B. Soziale Wohnraumförderung, Soziale Stadt, Städtebauförderung und Stadtumbau West müssen noch effizienter als bisher miteinander verzahnt werden. Im Interesse einer am gesamtgesellschaftlichen Strukturwandel orientierten Entwicklung der Städte und Gemeinden ist die Zusammenführung und einheitliche Administration dieser Einzelprogramme dringend geboten.

Die Bewältigung des demographischen Wandels erfordert u. a. eine Ausrichtung der Politik auf das Wohnen im Alter, auf Familienfreundlichkeit und auf die Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund. Dies bedeutet z.B. für die Gruppe der immer älter werdenden Menschen mehr barrierearme Wohnungen in energetisch modernisierten Beständen mit neuen Technologien (Assisted Living, SmartHome, u. a.).

Eine bessere Verzahnung von Förderprogrammen führt im Übrigen auch zu erheblichen Beschleunigungen bei den beabsichtigten Fördereffekten. Die dadurch ausgelösten Investitionen bewirken dringend benötigte Arbeitsmarkteffekte.

Mainz, 21. März 2006